

21. Bezirk – Floridsdorf

**Angenommene Anträge aus den
Bezirksvertretungssitzungen 2024**

Die unterfertigten Bezirksrätinnen und Bezirksräte, Mitglieder der Kultur- und Benennungskommission Floridsdorf, stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 21. Februar 2024 folgenden

Antrag

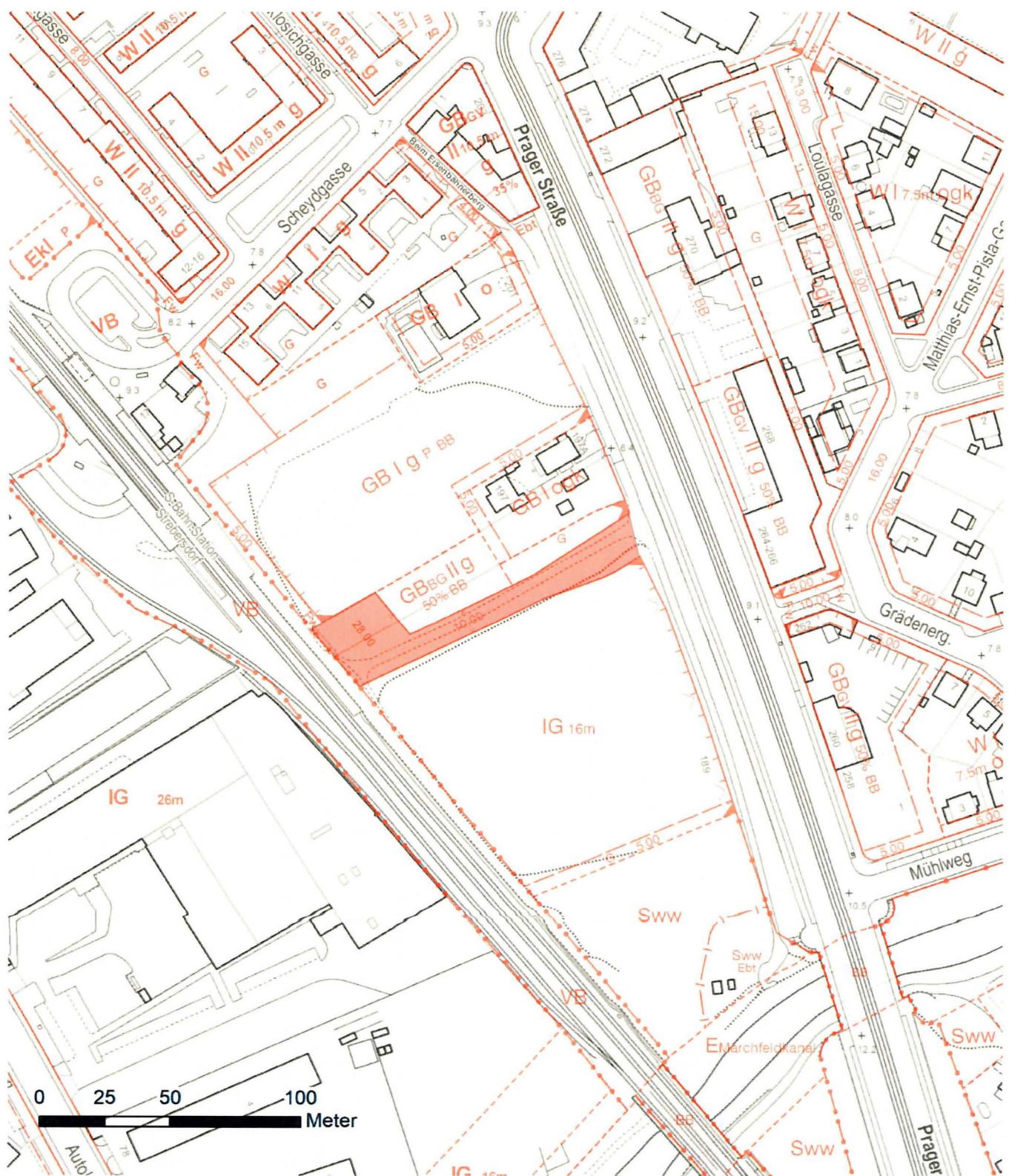
auf Benennung für die Unbenannte Verkehrsfläche SCD 06897, zwischen Prager Straße und Nordwestbahn in Patriagasse

nach der ersten Lokomotive, die am 26.Juli 1841 die Strecke
Floridsdorf-Stockerau befuhrt

Frau Amtsführende Stadträtin Mag^a Veronica Kaup-Hasler möge die Benennung in die Wege leiten:

Begründung:

siehe Beilage



Bezirksvertretung
für den 21. Bezirk

Rathausstraße 14-16
1010 Wien
Telefon +43 1 4000 88116
Fax +43 1 4000 99 88116
post@ma21a.wien.gv.at
www.stadtentwicklung.wien

MA 21 A - 7018-2023-102
Straßenbenennung - unbenannte
Verkehrsfläche SCD 06897

Wien, 14. November 2023

Laut der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien ersucht die MA 21 A die Bezirksvertretung des 21. Bezirks von ihrem Mitwirkungsrecht im Straßenbenennungsverfahren, bezüglich Vorschläge zur Benennung von öffentlichen Verkehrsflächen und anderen Einrichtungen der Stadt Wien (gemäß § 103g Abs. 1 Z. 11 Wiener Stadtverfassung), Gebrauch zu machen.

Dazu wird gebeten, innerhalb von 6 Monaten für die Unbenannte Verkehrsfläche SCD 06897, zwischen Prager Straße und Nordwestbahn (im Planausschnitt rot lasiert), einen Beschluss der Bezirksvertretung zur Benennung dieser Verkehrsfläche herbeizuführen – zum Beispiel durch Annahme eines Geschäftsstückes oder eines Antrages gemäß § 104 Wiener Stadtverfassung. Die MA 21 A würde empfehlen, diese Verkehrsfläche als „Gasse“ zu benennen.

Im Falle der Annahme eines Geschäftsstückes ist dieses direkt an die MA 7 zur weiteren Veranlassung weiterzuleiten, sowie nachrichtlich an die MA 21 A.
Wird ein Antrag gemäß § 104 WStV angenommen, ist dieser zunächst der Magistratsdirektion - MDS-A, Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat, Landesregierung und Stadtsenat, zur Weiterleitung an die MA 7 zu übermitteln sowie nachrichtlich an die MA 21 A weiterzuleiten.

Sachbearbeiter:
Klaus Satzinger
Tel.: +43 1 4000 88088

Mit freundlichen Grüßen
Für den Abteilungsleiter:
Dipl.-Ing. Mario Marth
Oberstadtbaurat

Dieses Dokument wurde amtssigniert.

Information zur Prüfung des elektronischen Siegels
bzw. der elektronischen Signatur finden Sie unter:
<https://www.wien.gv.at/amtssignatur>

Beilage: Stadtkartenausschnitt

Österreichische Nordwestbahn

private Eisenbahngesellschaft in Österreich-Ungarn / aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie



FASSEN WIR UNS KURZ, INDEM WIR EINFACH DIESE SCHLÜSSELFRAGEN
BEANTWORTEN:

...

Können Sie die wichtigsten Fakten und Statistiken dazu auflisten Österreichische Nordwestbahn?

Fass diesen Artikel für einen 10-Jährigen zusammen

[ZEIGE ALLE FRAGEN](#) ▾

Die **k.k. privilegierte Österreichische Nordwestbahn (ÖNWB)** war ein 1868 gegründetes Eisenbahnunternehmen in Österreich, dessen Strecken in den Kronländern Niederösterreich, Mähren und Böhmen lagen. Die Hauptverbindung der Gesellschaft führte von Wien nach Mittelgrund an der damaligen österreichisch-sächsischen Landesgrenze. Im Jahr 1908 wurde die Gesellschaft verstaatlicht.

Geschichte

Vorgeschichte

Auf Vorschlag des Direktors der **k.k. priv. Kaiser-Ferdinands-Nordbahn** (KFNB), Raphael Foges, wurde eine Flügelbahn von Floridsdorf nach Stockerau errichtet. Am 30. Oktober 1838 erhielt die KFNB die Vorkonzession für diese Linie. Am 26. Juli 1841 befuhrt ein Zug mit der Lokomotive **PATRIA** erstmals die eingleisige Strecke nach Stockerau.

Verschiedene deutsche Wirtschaftskreise planten schon Ende der 1860er Jahre eine direkte Verbindung von Berlin nach Wien über Reichenberg. Österreich wünschte außerdem eine kurze Verbindung von Wien mit den Häfen der Ostsee und Nordsee, die auch Mittelböhmen (Kohlengruben und Zuckerfabriken) erschließen sollte. Dies war damals mit mehreren Frachtbriefen verschiedener Eisenbahngesellschaft

möglich, wobei man auch von der k.k. priv. Staatseisenbahn-Gesellschaft (StEG) unabhängig sein wollte.

1865 leistete die [k.k. priv. Süd-Norddeutsche Verbindungsba](#)n (SNDVB) verschiedene Vorarbeiten für dieses Projekt, hatte aber mehrere Konkurrenten, besonders die StEG. Im Jahr 1867 vereinigte sie sich mit einigen anderen Bewerbern und erwirkte eine Konzession für eine Eisenbahn von Wien nach [Jungbunzlau](#) mit Flügelbahnen nach [Pardubitz](#) und [Trautenau](#).

Stammnetz (Netz A)



Der [Nordwestbahnhof](#) in Wien (1875)



Prioritäts-Anleihe der k. k. priv. oesterreichischen Nordwestbahn vom 1. März 1871

Die Konzession zum Bau und Betrieb einer Eisenbahn mit der Benennung „Oesterreichische Nordwestbahn“ erhielten Hugo Fürst [Thurn und Taxis](#), Franz Altgraf zu [Salm-Reifferscheidt](#), [Louis von Haber](#) und Friedrich Schwarz sowie die [Aktiengesellschaft der Süd-Norddeutschen Verbindungsba](#)n am 8. September 1868. Inhalt der Konzession war der Bau einer *Locomotiveisenbahn* ... ausgehend von Wien über Znaim, Iglau, Deutschbrod, Czaslau und Kolin nach Jungbunzlau mit Zweigbahnen von Znaim an die Franz Josephsbahn, von Deutschbrod nach Pardubitz und von einem

geeigneten Punkte der Kolin-Jungbunzlauer Linie nach Trautenau. Teil der Konzession war auch der etwaige Bau einer eigenen Strecke zwischen Jungbunzlau und Bakow, um dort den direkten Anschluss an die Strecken der Böhmischen Nordbahn herzustellen.

Die Strecken durften zunächst eingleisig angelegt werden, wobei ein späterer zweigleisiger Ausbau bei allen Brücken und Tunnels bereits berücksichtigt werden musste. Erst bei Überschreiten eines Rohertrages von 120.000 Gulden pro Meile während zweier aufeinanderfolgender Jahre durfte die Staatsverwaltung den Bau eines zweiten Gleises fordern. Die Verzinsung des Anlagekapitales wurde während der gesamten Konzessionsdauer von 90 Jahren mit 5 Prozent jährlich garantiert. Nach Ablauf von 30 Jahren behielt sich der Staat das jederzeitige Recht zur Einlösung vor.^[1]

Die *Österreichische Nordwestbahn-Gesellschaft* (ÖNWB) konstituierte sich am 26. Juli 1870 als k.k. privilegierte **Aktiengesellschaft** mit einem Stammkapital von 24 Millionen Gulden. Ausgegeben wurden insgesamt 89.089 Aktien mit einem Nominalwert von 200 Gulden.^[2]

Die Strecke Jedlesee–Stockerau ging 1871 durch Kauf von der **Kaiser Ferdinands-Nordbahn** (KFNB) an die ÖNWB über. Am 29. Juni 1871 wurde das Gesetz kundgemacht, durch das die Regierung ermächtigt wurde, die Konzession für diese Strecke an die ÖNWB zu übertragen.^[3]

Eröffnungsdaten des Stammbusses

- 6. Dezember 1869: [Kolín–Goltsch-Jenikau](#)
- 29. Oktober 1870: [Kolín–Jungbunzlau](#)
- 21. Dezember 1870: [Groß Wossek–Wostromer](#)
- 21. Dezember 1870: [Parschnitz–Pelsdorf](#)
- 21. Dezember 1870: [Goltsch-Jenikau–Deutschbrod](#)
- 25. Jänner 1871: [Deutschbrod–Iglau](#)
- 23. April 1871: [Iglau–Znaim](#)
- 1. Juni 1871: [Deutschbrod–Pardubitz](#)
- 1. Juni 1871: [Wostromer–Pelsdorf](#)
- 1. Juli 1871: [Jedlesee–Stockerau](#) (Kauf, eigentliche Eröffnung 26. Juli 1841)

- 1. Oktober 1871: Pelsdorf–[Hohenelbe](#)
- 1. November 1871: Znaim–Stockerau
- 17. Dezember 1871: Wostromer–[Jitschin](#)
- 17. Dezember 1871: [Trautenau–Freiheit](#)
- 1. Juli 1872: Jedlesee–Wien Nordwestbahnhof
- 1. Juli 1872: [Zellerndorf–Sigmundsherberg](#)

Ergänzungsnetz (Netz B)

Letztlich erreichte die Verbindung Wien–Jungbunzlau nicht die ihr zugesagte überregionale Bedeutung. Das [Königreich Sachsen](#) hatte der Böhmischem Nordbahn die Konzession für eine Weiterführung nach Norden verweigert, so dass das ursprüngliche Vorhaben einer neuen leistungsfähigen Hauptverbindung zwischen Berlin und Wien ein Torso blieb.^[4] Die Strecke der SNDVB nach Reichenberg war zwar Teil der kürzesten Verbindung zwischen Wien, Berlin und Hamburg, das ungünstige Streckenprofil mit langanhaltenden Steigungen verteuerte jedoch den Betrieb und verlängerte die Fahrzeiten. Die Hoffnungen der ÖNWB, einen Teil der Fracht von den Strecken der StEG abzuziehen, erfüllten sich deshalb nicht.

Die Österreichische Nordwestbahn strebte daraufhin eigene direkte Verbindungen mit den Netzen der [Königlich Sächsischen Staatseisenbahnen](#) und der [Preußischen Staatseisenbahnen](#) an. Sie erhielt daraufhin am 25. Juni 1870 die Konzession für ein Ergänzungsnetz, für das im Gegensatz zum Stammbau eine Staatsgarantie ausgeschlossen war. Die Pflicht zur Verlegung eines zweiten Gleises bestand hier erst ab einem jährlichen Rohertrag von 180.000 Gulden pro Meile.^[5]

Wichtigste Verbindung des Ergänzungsnetzes war die sogenannte *Elbetalbahn* (Nimburg–Mittelgrund), die den direkten Anschluss nach Norden sichern sollte. Da auch hier Sachsen eine direkte Weiterführung über die Reichsgrenze verweigerte, band man die neue Linie nahe der Grenze im böhmischen Bahnhof Mittelgrund in die bestehende grenzüberschreitende [Strecke Bodenbach–Dresden](#) ein. Eine weitere wichtige neue Strecke war die [Verbindung Chlumetz–Lichtenau \(–Mittelwalde\)](#), mit der die ÖNWB den direkten Anschluss an das preußische Streckennetz in [Schlesien](#) bekam.

Eröffnungsdaten des Ergänzungsnetzes

- 4. Oktober 1873: [Nimburg–Lissa an der Elbe](#)
- 4. Oktober 1873: [Königgrätz–Chlumetz](#)

- 1. Jänner 1874: Lissa–Schreckenstein
- 1. Jänner 1874: [Aussig an der Elbe](#)–Schreckenstein
- 14. Jänner 1874: Königgrätz–[Lichtenau](#)–Wiegstadt
- 10. September 1874: [Korneuburg](#)–Donaulände
- 5. Oktober 1874: [Geiersberg](#)–Wildenschwert
- 5. Oktober 1874: Schreckenstein–[Tetschen](#)–Mittelgrund (B)
- 15. Oktober 1874: Lichtenau–[Mittelwalde](#)
- 1. Jänner 1880: Schleppbahn Laube–Tetschen
- 1. März 1890: Wien–[Donaukai](#)

Betrieb



Zweisprachige Aufschrift „Rakouská severozápadní dráha“ / „Oesterreichische Nordwestbahn“ in der Halle des [Bahnhofes Praha-Vysočany](#) (2010)

Viele Abteilungen von ÖNWB und SNDVB wurden später zusammengelegt, eine vollkommene Fusionierung scheiterte aber an den Aktionären der alten k.k. priv. Pardubitz-Reichenberger Eisenbahn.

Verstaatlichung

Bereits im Jahr 1895 strebte der österreichische Staat die Verstaatlichung der ÖNWB an. Dabei sollte die ÖNWB zunächst weiter selbstständig bleiben; für die Generaldirektion war die Umwandlung in ein Amt vorgesehen, das zur Generaldirektion der kkStB gleichgestellt sein sollte. Eine mit der ÖNWB am 10. Februar 1896 getroffene Vereinbarung zur Übernahme in Staatsbesitz lehnte der [Reichsrat](#) jedoch am 27. März 1896 ab. Haupthindernis für eine rasche Verstaatlichung waren vor allem die unterschiedlichen Einlösefristen der drei

Wirtschaftskörper. Insbesondere für das Ergänzungsnetz lief die Frist erst am 26. Juni 1902 ab.

Letztlich zogen sich die Verhandlungen über die Verstaatlichung noch über Jahre hin. In dieser Situation tätigte man nur noch die nötigsten Investitionen, Forderungen des [k.k. Eisenbahnministeriums](#) zum zweigleisigen Ausbau der Abschnitte Wien-Stockerau, Časlau-Nimburg-Tetschen und Schreckenstein-Aussig wurden von der Generaldirektion der ÖNWB trotz ihrer Notwendigkeit ignoriert. Daraufhin ordnete das Eisenbahnministerium 1904 den zweigleisigen Ausbau der Abschnitte Wien-Stockerau, Schreckenstein-Tetschen und Lissa-Aussig bis Ende 1907 an. Eine Klage der ÖNWB auf Inanspruchnahme der Zinsgarantie und Einbeziehung der entsprechenden Investitionen in die Staatsgarantie lehnte der [Verwaltungsgerichtshof](#) allerdings ab. Zur Finanzierung des zweigleisigen Ausbaus gab die ÖNWB neue vierprozentige Schuldverschreibungen aus.

Letztlich genehmigte der Reichsrat mit Gesetz vom 27. März 1909 die am 21. Oktober 1908 mit der Bahngesellschaft vereinbarte Verstaatlichung, die rückwirkend zum 1. Jänner 1908 in Kraft trat.^[6] Für das bewegliche und unbewegliche Eigentum der ÖNWB nebst 313 Lokomotiven zahlte der österreichische Staat einen Einlösungspreis von 368 Millionen [Kronen](#) an die Aktionäre aus. Am 15. Oktober 1909 übernahmen die [k.k. Staatsbahnen](#) (kkStB) den Betrieb. Die Liquidationsfirma wurde im Juli 1911 gelöscht.

Zum Zeitpunkt der Übernahme durch den Staat umfasste das garantierte Netz 627,95 km, das Ergänzungsnetz 308,4 km. Zweigleisig ausgebaut waren die Abschnitte Wien-Stockerau, Časlau-Leitmeritz und Schreckenstein-Tetschen.

Die kkStB verwalteten die ehemaligen Strecken der ÖNWB bis zu ihrer Auflösung im Oktober 1918 durch die Nordwestbahndirektion. Heute gehören sie anteilig zu den [Österreichischen Bundesbahnen](#) bzw. zum Netz des staatlichen tschechischen Infrastrukturbetreibers [Správa železniční dopravní cesty](#) (SŽDC).

Die Strecken

Das eigene Streckennetz der Österreichischen Nordwestbahn hatte eine Länge von 938,459 Kilometer, wovon 627,955 Kilometer auf das Stammnetz und 304,383 Kilometer auf das Ergänzungsnetz entfielen. Das Betriebsnetz umfasste darüber hinaus noch die auf preußischem Staatsgebiet gelegene Anschlussstrecke zum Grenzbahnhof Mittelwalde, die von den Preußischen Staatsbahnen gepachtet war. Für insgesamt sechs private Lokalbahnen übernahm die ÖNWB die Betriebsführung für Rechnung der Eigentümer.



Das Streckennetz von ÖNWB (schwarz) und SNDVB (rot). Die im Betrieb der ÖNWB stehenden Lokalbahnen sind mit schmäleren Linien gekennzeichnet.

Stammnetz (Netz A)

- Wien-Znaim-Nimburg-Jungbunzlau: 352,634 km
- Deutschbrod-Rossitz (Pardubitz): 91,693 km
- Groß Wossek-Parschnitz: 128,972 km
- Zellerndorf-Sigmundsherberg: 19,852 km
- Wostromer-Jitschin: 17,492 km
- Trautenau-Freiheit/Johannisbad: 10,030 km
- Pelsdorf-Hohenelbe: 4,479 km
- Korneuburg-Donaulände: 1,639 km
- Wien-Donaukai: 1,164 km

Ergänzungsnetz (Netz B)

- Nimburg-Mittelgrund: 136,648 km
- Lissa-Prag: 34,340 km
- I. Verbindungsbahn Tetschen-Laube: 2,490 km
- II. Verbindungsbahn Tetschen-Laube: 2,474 km
- Chlumetz-Reichsgrenze nächst Lichtenau: 113,243 km

- [Geiersberg-Wildenschwert](#): 13,627 km

Pachtbetrieb

- [Reichsgrenze nächst Lichtenau-Mittelwalde](#): 6,121 km

Für Rechnung der Eigentümer betriebene Lokalbahnen

- [Lokalbahn Sedletz-Kuttenberg](#) (1883–1905)
- [Lokalbahn Großpriesen-Wernstadt-Auscha](#) (ab 1890)
- [Lokalbahn Častolowitz-Reichenau an der Kněžna-Solnitz](#) (ab 1893)
- [Lokalbahn Deutschbrod-Humpoletz](#) (ab 1894)
- [Lokalbahn Melnik-Mscheno](#) (ab 1897)
- [Lokalbahn Polna-Stecken-Polna Stadt](#) (ab 1903)

Lokomotiven und Wagen

→ Hauptartikel: [Liste der Lokomotiven der Österreichischen Nordwestbahn und der Süd-Norddeutschen Verbindungsbahn](#)

Bei der SNDVB bekamen die Lokomotiven entsprechend der Reihenfolge ihrer Beschaffung fortlaufende Nummern und Namen. Auch bei der ÖNWB wurden die Lokomotiven in derselben Art eingereiht. Im Zuge des gemeinsamen Betriebsvertrages wurde 1872 ein gemeinsames Nummern- und Reihenschema eingeführt. Namen wurden nur mehr bis 1874 vergeben. Nur die Maschinen der Reihen [IIb](#) und [IIc](#) erhielten die Namen der ausgeschiedenen Loks der Reihe [IIa](#).



ÖNWB Ic Nr. 91 in der Dauerausstellung des [Technischen Nationalmuseums Prag](#) (2011)

Im gemeinsamen Schema waren folgende Reihen vorhanden:

- **Reihe I:** [Schnellzuglokomotiven](#)
- **Reihe II:** [Personenzuglokomotiven](#) der SNDVB

- **Reihe III:** Personenzuglokomotiven der ÖNWB
 - **Reihe IV:** Güterzuglokomotiven der SNDVB mit drei gekuppelten Achsen
 - **Reihe V:** Güterzuglokomotiven der ÖNWB mit drei gekuppelten Achsen
 - **Reihe VI:** Güterzuglokomotiven der SNDVB mit vier gekuppelten Achsen
 - **Reihe VII:** Güterzuglokomotiven der ÖNWB mit vier gekuppelten Achsen
 - **Reihe VIII, IX und X:** Lokal- und Verschublokomotiven von SNDVB und ÖNWB
- Entsprechend den Lieferungen von verschiedenen Lokomotivfabriken wurden die Reihennummern mit zusätzlichen Kleinbuchstaben versehen.
- Museal erhalten blieben die Ic Nr. 91 und die [VIIa Nr. 340 CONRAD VORLAUF](#) im [Technischen Nationalmuseum Prag](#). Die Ic Nr. 91 ist dort im letzten Betriebszustand als ČSD 252.008 Teil der Dauerausstellung. Die CONRAD VORLAUF wurde bis 2023 als Exponat hergerichtet.

Literatur

Weblinks

Einelnachweise



Enjoying Wikiwand?

Give good old Wikipedia
a great new look

DIE GRÜNEN

Bezirksorganisation Floridsdorf

Tel: 0664 / 831 74 01

floridsdorf@gruene.at

<http://floridsdorf.gruene.at>



Der Klub der GRÜNEN Bezirksräte:innen stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Floridsdorf am 21. Februar 2024 folgenden

ANTRAG

betreffend Gleisanierung bei den Straßenbahnenlinien 25/26 - JETZT!

Finanzstadtrat Peter Hanke wird ersucht, die Wiener Linien zu beauftragen, die dringend notwendigen Gleisanierungsarbeiten entlang der Strecke der Straßenbahnenlinien **25 und 26** (Donaufelder Straße, Schloßhofer Straße, Am Spitz, Prager Straße) ehebaldigst durchzuführen.

BEGRÜNDUNG

Entlang der Straßenbahnenlinien **25 und 26** sind aufgrund von Gleisschäden mehrere Langsamfahrstrecken verordnet. Das setzt die Geduld der Fahrgäste in den teilweise überfüllten Straßenbahnen auf eine harte Probe.

Die notdürftigen Ausbesserungsarbeiten im Bereich des Carminwegs Ende 2023 brachten leider keine nennenswerte Verbesserung.

Die für 2026 geplante Generalsanierung der Gesamtstrecke findet viel zu spät statt. Im Sinne einer Klimamusterstadt sollten die Fortbewegungsmöglichkeiten von Menschen, die umweltbewusst und nachhaltig mobil sind, vorrangig gefördert und instandgesetzt werden!

Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 21.02.2024, folgenden

ANTRAG
betreffend Behindertenparkplatz Theodor-Körner-Gasse

Die MA 46 wird gebeten zu überprüfen, ob die Vorgaben zur Bewilligung einer Parkerleichterung für den Behindertenparkplatz Theodor Körner-Gasse 29 und Theodor Körner-Gasse 30, noch immer gegeben sind.

BEGRÜNDUNG

Laut Anrainer liegt der Verdacht einer missbräuchlichen Verwendung nahe.

BezR KO Sabine MAREDA



Die unterfertigten Bezirksrätinnen und Bezirksräte, Mitglieder der Kultur- und Benennungskommission Floridsdorf, stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 17. April 2024 den

Antrag

auf Benennung der unbenannten Verkehrsfläche SCD 09762 (zwischen Josef-Brazdovics-Straße und Siemensstraße) nach Rudolf Holzhacker

Frau Amtsführende Stadträtin Mag^a Veronica Kaup-Hasler möge die Benennung in die Wege leiten.

Begründung:

Die unbenannte Verkehrsfläche SCD 09762 (siehe beiliegender Planausschnitt) ist als solche gewidmet und teilweise bereits ausgebaut.

Die Benennung nach der ersten in diesem Bereich angesiedelten Gärtnerfamilie Rudolf Holzhacker bietet sich aus Gründen des lokalen Bezugs an.

Ing. Ferdinand Lesmeister
Kefedergrundgasse 4
1210 Wien

Herrn
Bezirksvorsteher Georg Papai
Kultur- und Benennungskommission
der Bezirksvertretung Floridsdorf
Am Spitz 1
1210 Wien

Wien, am 20.9.2023

Ansuchen um Benennung einer öffentlichen Verkehrsfläche in Leopoldau zwischen Siemensstraße und Josef-Brazdovics-Straße

Sehr geehrter Herr Bezirksvorsteher!

Sehr geehrter Vorsitzender der Kultur- und Benennungskommission!

Viele Leopoldauer ersuchen, die noch nicht benannte, jedoch gewidmete Verkehrsfläche und von der Siemensstraße bis zur Josef-Brazdovics-Straße mit dem Namen der ersten in diesem Bereich angesiedelten Gärtnerfamilie „**Rudolf-Holzhacker-Straße**“ zu versehen.

Diese Familie Holzhacker stammt aus Gratzen (Nove Hrady), einem Ort in Böhmen, zehn Kilometer von Gmünd entfernt. Im Jahre 1870 übersiedelte die Familie Holzhacker in die Freudenau und versuchte dort einen Gärtnerbetrieb aufzubauen. Jedoch aufgrund permanent auftretender Überschwemmungen, die zu dieser Zeit dieses Gebiet heimsuchten, war dieses Vorhaben nur bedingt möglich.

Nach erfolgter großer Donauregulierung vor Wien, die von 1870 bis 1875 durchgeführt wurde, übersiedelte im Jahre 1893 Rudolf Holzhacker mit seiner Familie in das nun hochwasserfrei gewordene Gebiet an der Bezirksstraße nach Leopoldau, heute Leopoldauer Straße 157.

Dort gründete er die erste Gärtnerei in diesem Raum nahe dem Ort Leopoldau. Dieser Betrieb bestand bis 2013 in vierter Generation.

Bis zur Einstellung des Betriebes und noch heute ist die Gärtnerei Holzhacker an der Leopoldauer Straße mit ihrem „Frischgemüse - ab Hof Verkauf“ bei vielen Floridsdorferinnen und Floridsdorfern in bester Erinnerung.

Der Ansiedler Rudolf Holzhacker ist im Jahre 1858 in Gratzen geboren und im Jahre 1935 in Leopoldau gestorben. Er und seine Ehefrau Juliane sowie deren Kinder Alois, Rudolf, Otto, Anna und Maria der Familie haben auch Jahrzehnte hindurch aktiv im Leopoldauer Gemeinschaftsleben mitgewirkt.

Die Grabstätte der Familie befindet sich im Leopoldauer Ortsfriedhof.

Diesem Ansuchen liegt ein Planausschnitt des Bereiches bei, auf dem sich diese zu benennende Verkehrsfläche befindet.

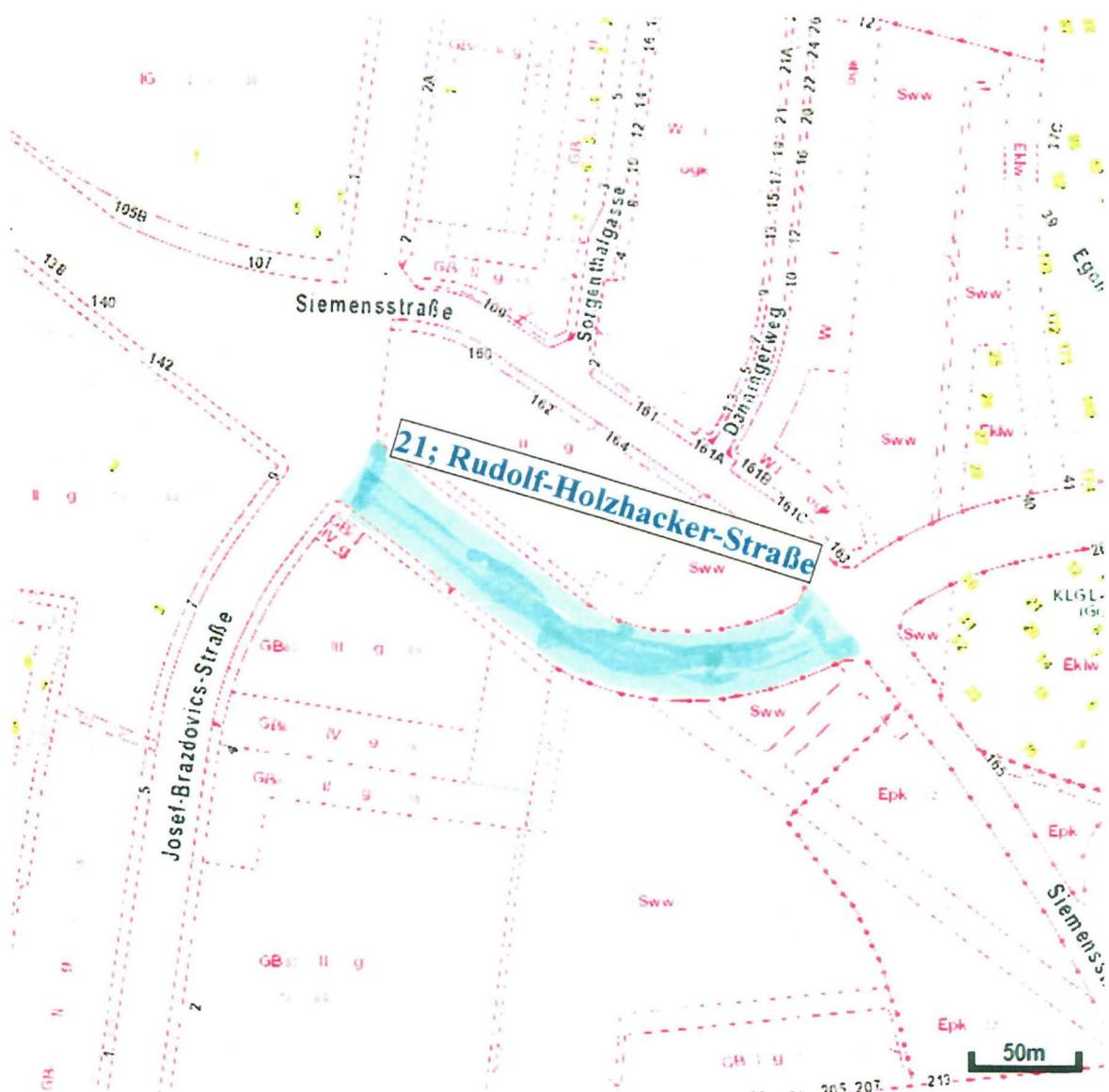
Gleichzeitig möchten wir uns vorweg für die Behandlung unseres Ansuchens, dessen positiver Erledigung wir hoffnungsvoll entgegenblicken, bedanken.

Mit freundlichen Grüßen!

Ing. Ferdinand Lesmeister

Neubenennung der Verkehrsfläche:

21; Rudolf-Holzhacker-Straße



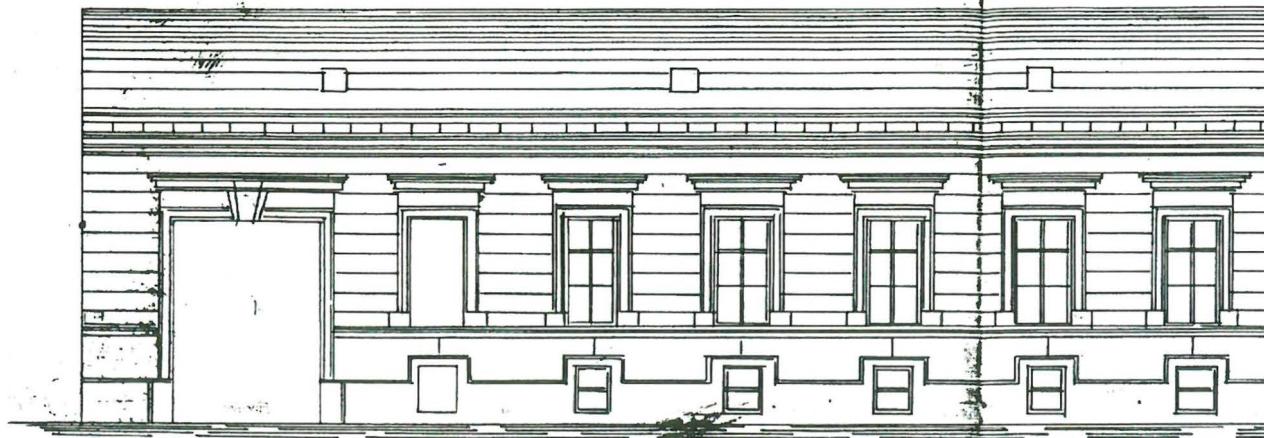
Floridsdorf, 20.9.2023

für die Erbauung eines ebenerdigen Wohnhauses für Herrn

Holzhacker

222 *Georgian*

Ansicht

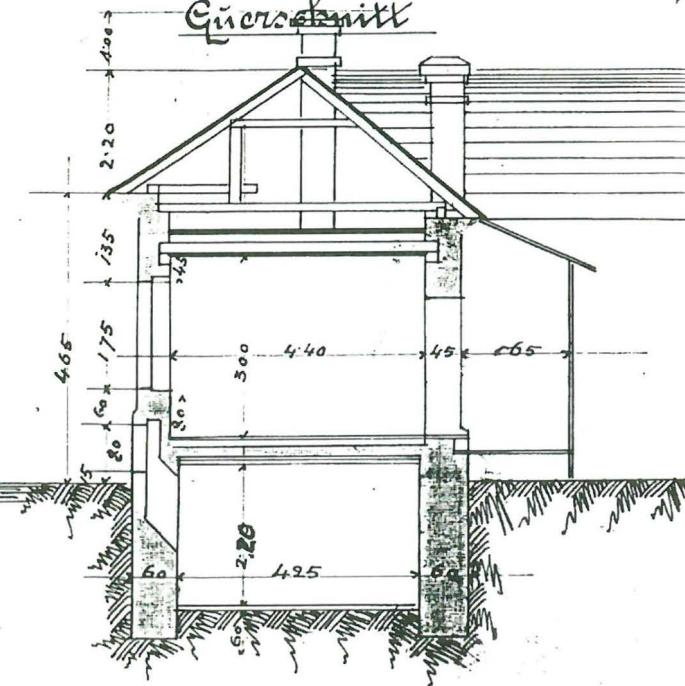


18

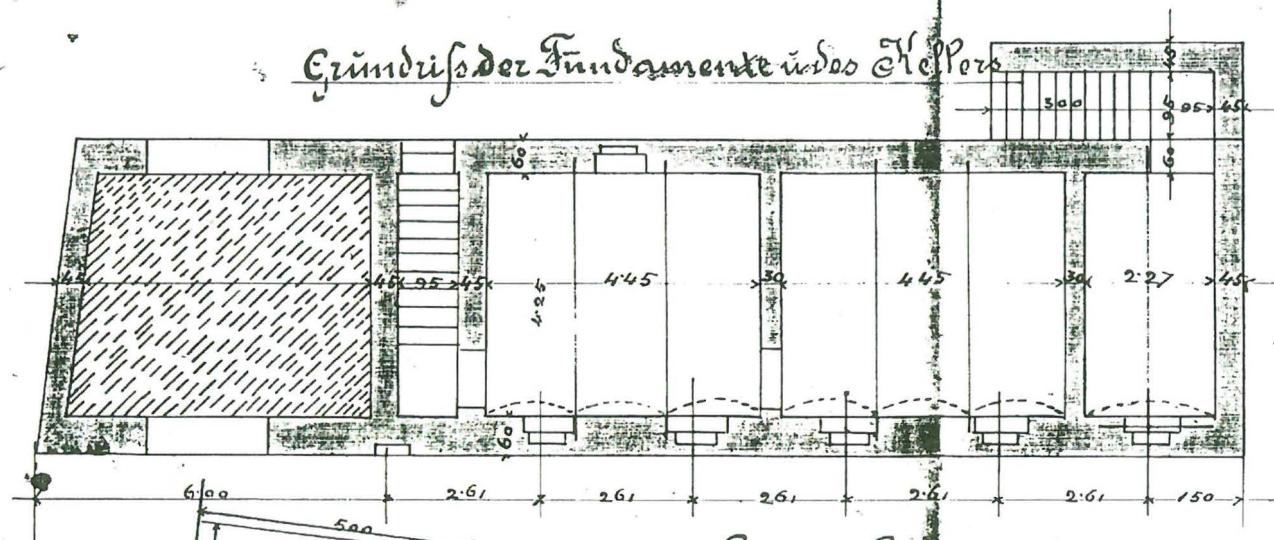
Holzhacker

222 *Georgian*

Gütekennzeichnung



Grundrisse der Fundamente und des Kellers

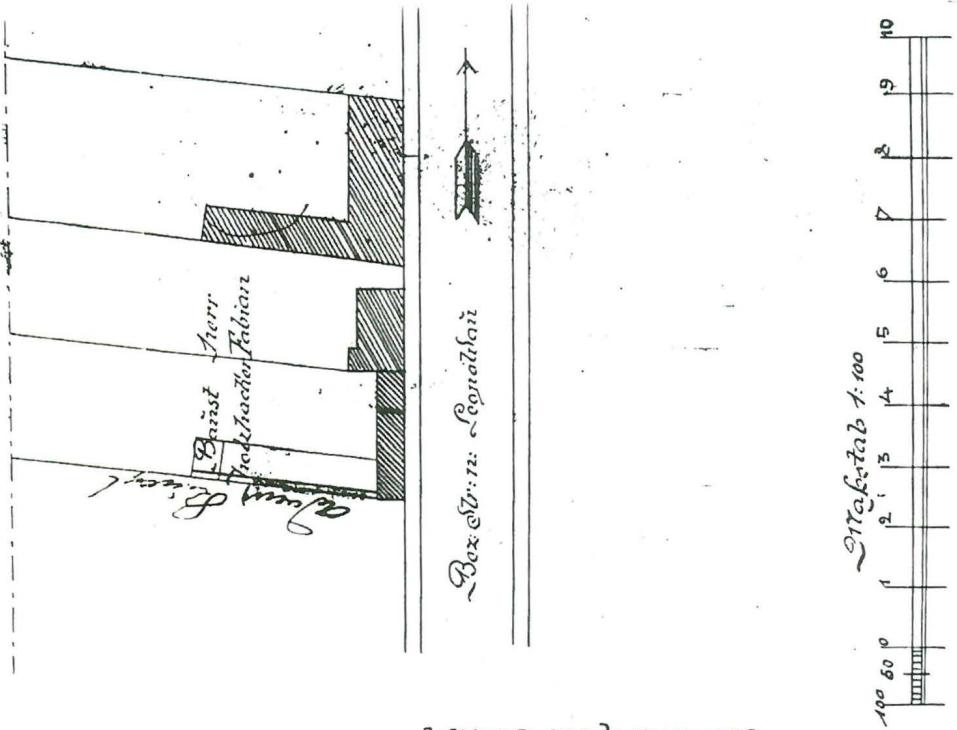


Grundrisse der Erde

geschl. Schüsse

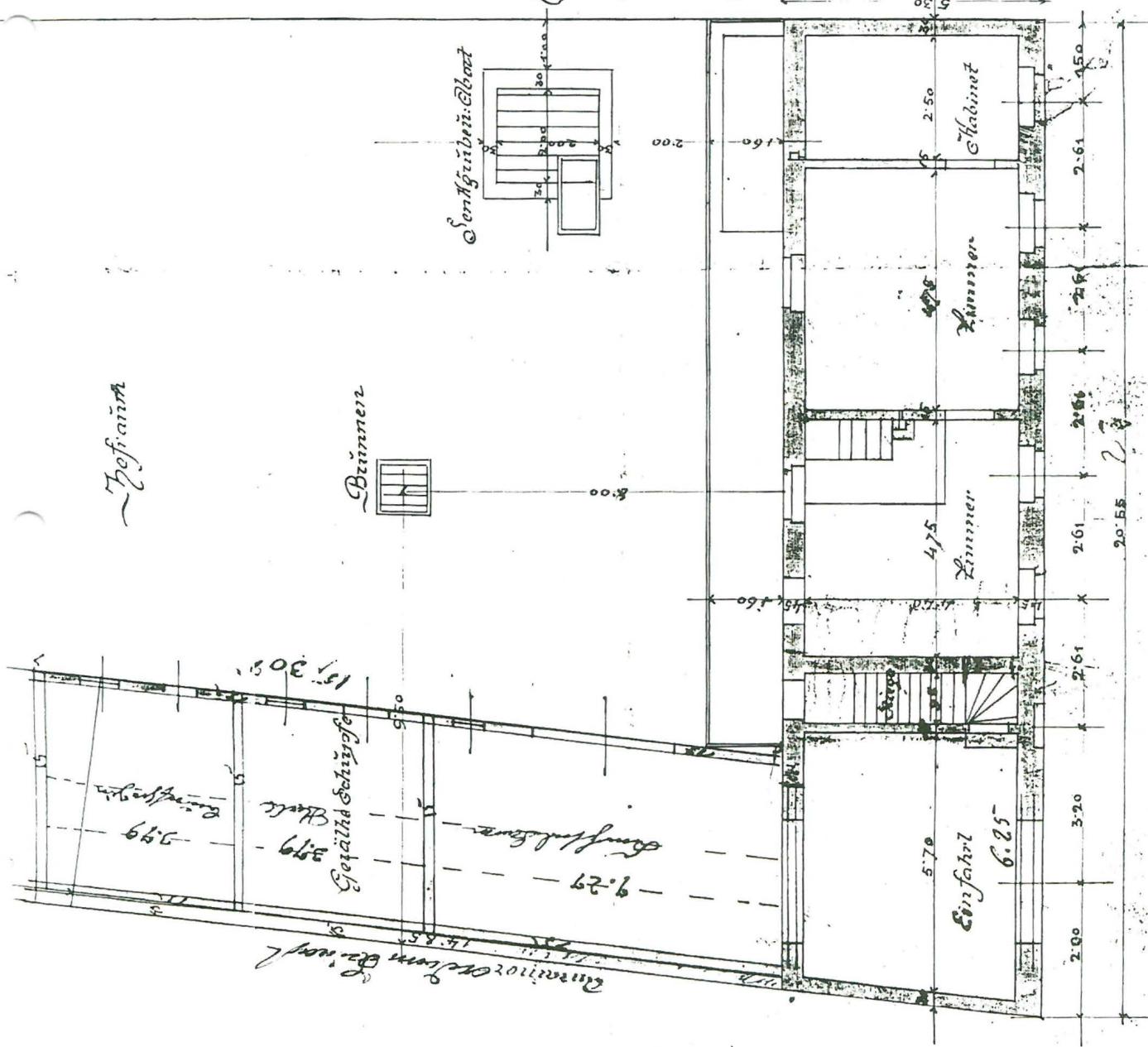


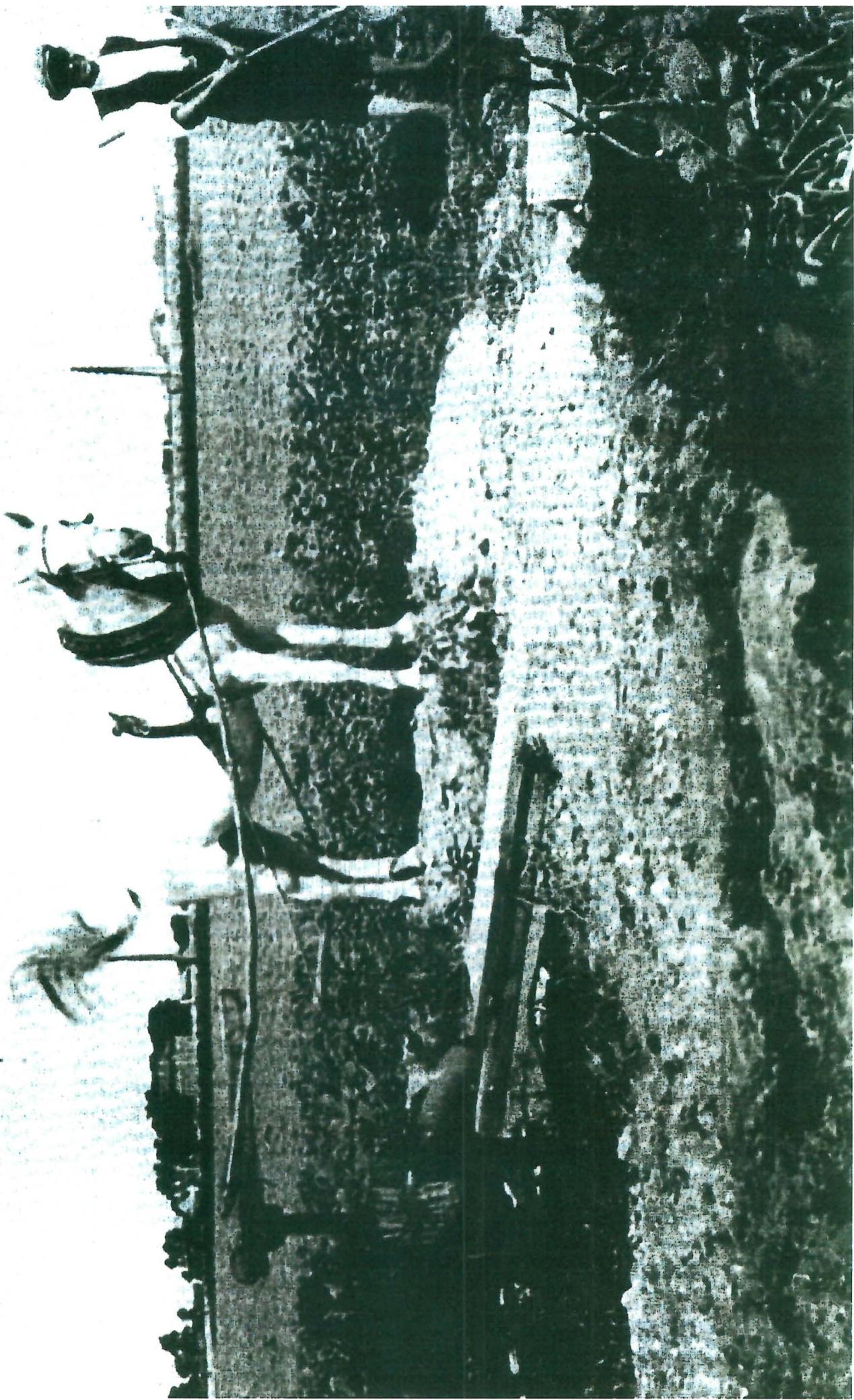
Situation



Reichungsrichtung
Plan Maßstab

Zoffenau







Antrag der Bezirksräte der Wiener Volkspartei Floridsdorf

eingebracht in der Sitzung am 12.06.2024

**Der Klub der Wiener Volkspartei Floridsdorf stellt gemäß § 24¹⁰ der
Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen folgenden**

Antrag

**auf Einberufung einer Bürgerversammlung mit dem Thema
„Zukünftige Verkehrssituation in der Rittingergasse“**

Der Bezirksvorsteher möge gemäß § 104 c der Wr. Stadtverfassung eine Bürgerversammlung mit dem Thema „Zukünftige Verkehrssituation in der Rittingergasse“ einberufen. Das Verteilungsgebiet für die Einladung soll mit der „Rittingergasse“ beschränkt werden.

Die antragsstellenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte nehmen die Sorgen und Ängste der betroffenen Bevölkerung ernst und stehen für eine umfassende Information und Einbindung der Floridsdorferinnen und Floridsdorfer.

Begründung

Mit der Errichtung von Containerklassen in der VS Rittingergasse werden nicht nur das Lehrpersonal, die Schülerinnen und Schüler sowie die Schulleitung belastet, sondern auch die Anrainerinnen und Anrainer.

Die Verkehrssituation ist zu Stoßzeiten bereits jetzt unerträglich. In der Früh und zu Mittag stehen an Schultagen dermaßen viele Autos auf der Straße, dass die Anrainerinnen und Anrainer oftmals mit ihren eigenen Autos nicht wegfahren können. Die Anrainerinnen und Anrainer müssen in das Verkehrskonzept eingebunden werden.



Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21.Bezirk, am 12.06.2024, folgenden

ANTRAG

betreffend hygienischer Zustände Börnsteingasse 3

Die MA 15, Gesundheitsdienst der Stadt Wien, möge umgehend die hygienischen Zustände auf der Liegenschaft Börnsteingasse 3 in 1210 Wien, überprüfen und gegebenenfalls entsprechende Schritte veranlassen.

BEGRÜNDUNG

Anrainer als auch Gäste, welche die Unterkünfte über diverse Internetplattformen tageweise anmieten, sind empört über dort herrschende Zustände sowie der scheinbaren Untätigkeit der Behörden. Auch gibt es Sorge über mögliche Ungezieferplage, da die ersten Ratten von Anrainern als auch von der Müllabfuhr gesichtet wurden.

BezR. KO Sabine MAREDA



Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebbracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21.Bezirk, am 12.06.2024, folgenden

ANTRAG

betreffend Behördenuflagen Börnsteingasse 3

Die MA 62 möge gemeinsam mit der MA 37 und dem Magistratischen Bezirksamt für den 21. Wiener Gemeindebezirk die Einhaltung der Behördenuflagen für die Liegenschaft Börnsteingasse 3 in 1210 Wien, überprüfen und bei verstößen umgehend behördliche Maßnahmen veranlassen.

BEGRÜNDUNG

Anrainer als auch Gäste, welche die Unterkünfte über diverse Internetplattformen tageweise anmieten, sind empört über dort herrschende Zustände.

Der Verwalter dieser Liegenschaft, Stamm Real GmbH, bewirbt diese mit Unterkünften von 3 bis 30 Personen. Laut MA 37 wurden jedoch maximal zwei Wohneinheiten für diese Adresse behördlich genehmigt. Darüber hinaus gibt es unzählige Verstöße gegen das Abfallwirtschaftsgesetz (AWG 2002). Auch gibt es Zweifel an der korrekten Einhaltung des Wiener Tourismusförderungsgesetz und den anfallenden Ortstaxen für Privatunterkünfte sowie der Erfüllung der Meldepflicht und Führen eines Gästeverzeichnis.

BezR. KO/Sabine MAREDA

Die unterfertigten Bezirksrättinnen und Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 11. September 2024 folgenden

Antrag

auf Benennung einer unbenannten öffentlichen Verkehrsfläche SCD 06915

Frau Amtsführende Stadträtin Mag.a Veronica Kaup-Hasler möge die Benennung der unbenannten öffentlichen Verkehrsfläche SCD 06915, im Stadtentwicklungsgebiet Donaufeld – Quartier an der Schanze nach

„Rosa Wien“

in die Wege leiten.

Die Namensgebung möge möglichst zeitnah durch eine entsprechende Zusatztafel erklärt werden.

Begründung:

Die Magistratsabteilung 21A hat um Benennung der unbenannten Verkehrsfläche SCD 06915 (siehe beiliegender Planausschnitt) ersucht.

Zur Namensgeberin siehe beiliegender Lebenslauf.

Bezirksvertretung für den 21. Bezirk

Rathausstraße 14-16
1010 Wien
Telefon +43 1 4000 88116
Fax +43 1 4000 99 88116
post@ma21a.wien.gv.at
www.stadtentwicklung.wien.at

MA 21 A - 4731-2024-38
Straßenbenennung - unbenannte
Verkehrsfläche SCD 06915

Wien, 2. April 2024

Laut der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien ersucht die MA 21 A die Bezirksvertretung des 21. Bezirks von ihrem Mitwirkungsrecht im Straßenbenennungsverfahren, bezüglich Vorschläge zur Benennung von öffentlichen Verkehrsflächen und anderen Einrichtungen der Stadt Wien (gemäß § 103g Abs. 1 Z. 11 Wiener Stadtverfassung), Gebrauch zu machen. Dazu wird gebeten, innerhalb von 6 Monaten für die Unbenannte Verkehrsfläche SCD 06915, im Stadtentwicklungsgebiet Donaufeld – Quartier an der Schanze (im Planausschnitt rot lasiert), einen Beschluss der Bezirksvertretung zur Benennung dieser Verkehrsfläche herbeizuführen – zum Beispiel durch Annahme eines Geschäftsstückes oder eines Antrages gemäß § 104 Wiener Stadtverfassung. Die MA 21 A würde empfehlen, diese Verkehrsfläche als „Gasse“ zu benennen. Im Falle der Annahme eines Geschäftsstückes ist dieses direkt an die MA 7 zur weiteren Veranlassung weiterzuleiten, sowie nachrichtlich an die MA 21 A. Wird ein Antrag gemäß § 104 WStV angenommen, ist dieser zunächst der Magistratsdirektion - MDS-A, Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat, Landesregierung und Stadtsenat, zur Weiterleitung an die MA 7 zu übermitteln sowie nachrichtlich an die MA 21 A weiterzuleiten.

Sachbearbeiter:
Klaus Satzinger
Tel.: +43 1 4000 88088

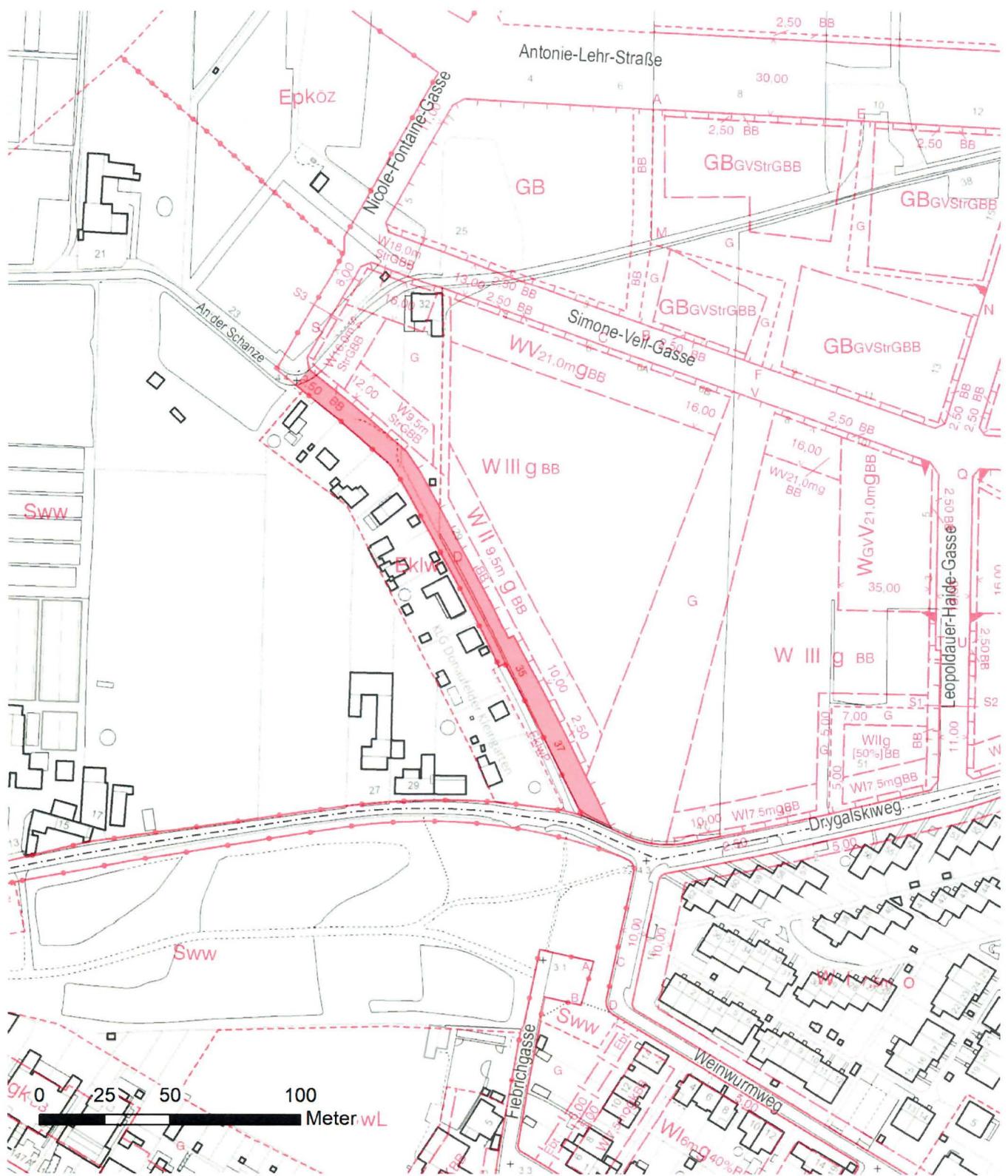
Mit freundlichen Grüßen
Für den Abteilungsleiter:
Dipl.-Ing. Mario Marth, OStBR
Leitung Stabsstelle IKT
und Datensysteme

 Dieses Dokument wurde amtssigniert.
Information zur Prüfung des elektronischen Siegels
bzw. der elektronischen Signatur finden Sie unter:
<https://www.wien.gv.at/amtssignatur>

Beilage: Stadtkartenausschnitt

Nachrichtlich:
MA 7 - z. Hd. Frau Doris Hais
MA 37 - z. Hd. Frau Waltraud Hippe

Öffentliche Verkehrsverbindung: U-Bahnlinie U2 - Station Rathaus, Straßenbahnenlinien 1, 71 und D - Station Rathausplatz/Burgtheater
Straßenbahnenlinie 2 - Station Rathaus, 43 und 44 - Station Landesgerichtsstraße
Servicestelle Stadtentwicklung: 1, Rathausstraße 14-16, 1. Stock, Tür 116, Tel.: (+43 1) 40 00-8840
Parteienverkehr: Montag bis Freitag von 8.00 bis 12.00 Uhr, Dienstag und Donnerstag von 8.00 bis 17.30 Uhr



Rosa WIEN, geb. 27.6.1847 in Wien, gest. 15.3.1935 in Wien

Rosa Wien wurde als Tochter des Ehepaars Auguste Spitz und Salomon Lindner in eine jüdische Familie hineingeboren. Am 20. Mai 1877 heiratete sie im Stadttempel Dr. Heinrich Wien. Sohn Rudolf, späterer Sekretär der "Ersten Allgemeinen Unfall und Schaden Versicherungsgesellschaft", kam am 26. Februar 1887 zur Welt.

Rosa Wien wirkte viele Jahre lang im "Philanthropischen Verein", einem 1879 gegründeten interkonfessionellen, unpolitischen Wohlfahrtsverein. Nach der Jahrhundertwende engagierte sie sich in der 1903 konstituierten "Auskunftsstelle für Wohlfahrtseinrichtungen". Bereits im ersten Jahresbericht aus dem Jahr 1904 scheint ihr Name im Verzeichnis der "unterstützenden und tätigen Mitglieder" auf. Bei der "Auskunftsstelle für Wohlfahrtseinrichtungen" handelte es sich um eine Einrichtung, die sich einen Überblick über die verschiedenen öffentlichen und privaten Wohlfahrtseinrichtungen verschaffte, um hilfsbedürftige Personen entsprechend beauskunten zu können. 1912 stellte sie mit "Die Wiener Wohlfahrts-Einrichtungen" ein alphabetisches Verzeichnis von 431 Wohlfahrsteinrichtungen zusammen.

Während des Ersten Weltkriegs war Rosa Wien an der Organisation der kommunalen Kriegsfürsorge maßgeblich beteiligt. Im Rahmen der "Frauen-Hilfsaktion im Kriege" arbeitete sie unter anderem eng mit Berta Weiskirchner, der Vorsitzenden der Aktion und Ehefrau des damaligen Bürgermeisters Richard Weiskirchner, zusammen. Die "Frauen-Hilfsaktion im Kriege", deren erste Sitzung am 13. August 1914 stattfand, war vom Bürgermeister eingesetzt worden. Aus den Berichten der Sitzungen, die in der Rathauskorrespondenz abgedruckt sind, geht hervor, dass der Hilfsverein in seinem Tun sehr eng an den Bürgermeister gebunden war. Auch gehörte Rosa Wien einem vom Bürgermeister eingesetzten "Damenbeirat" der "Zentralstelle der Fürsorge für Soldaten und ihre Familienangehörigen" an. Gemeinsam mit den anderen Mitgliedern des Zentralausschusses der "Frauen-Hilfsaktion im Kriege" wurde sie für ihr Engagement 1918 mit der Eisernen Salvatormedaille ausgezeichnet.

Rosa Wien verstarb im März 1935 im Alter von 88 Jahren an den Folgen einer Grippe und wurde wenige Tage danach in der jüdischen Abteilung auf dem Zentralfriedhof bestattet.

Die unterfertigenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte stellen gemäß §24 der Geschäftsordnung in der Sitzung der Bezirksvertretung Floridsdorf am 11. September 2024 folgenden

ANTRAG

betreff Stellplätze und Baumbestand im Zusammenhang mit der geplanten Wohnhausanlage Autokaderstraße/Schlossergasse/Tomaschekstraße

Die amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen Kathrin Gaál möge dafür Sorge tragen, dass im Zuge der Planung und Errichtung des Neubaus von Wiener Wohnen im Plangebiet PD8399 (Autokaderstraße/Schlossergasse/Tomaschekstraße) einerseits die jetzt an der Oberfläche befindlichen Stellplätze des Parkplatzes an der Tomaschekstraße im vollem Umfang als freiwillige Tiefgaragenplätze des Neubaus errichtet werden und andererseits auf die Ausführungsplanung einzuwirken, die Möglichkeit des Erhalts des Baumbestands im größtmöglichen Umfang neuerlich zu überprüfen und dennoch erforderliche Ersatzpflanzungen tunlichst auf Eigengrund der gegenständlichen Liegenschaft zu veranlassen.

Begründung:

Im Zuge des Flächenwidmungsverfahrens zum Plandokument MA21B-PlanNr. 8399 sind in der öffentlichen Auflage weit über 100 Eingaben bei der MA21B eingegangen, die sich mit dem geplanten Neubau durch Wiener Wohnen auseinandersetzen. Der überwiegende Teil dieser Eingaben hatte die Parkplatzsituation vor Ort und den Baumbestand zum Thema.

Derzeit befinden am oberirdischen Parkplatz an der Tomaschekstraße 88 Stellplätze, die an die Mieterinnen und Mieter der umliegenden Gemeindebaubewohner*innen vermietet sind. Dies zeigt, dass der Bedarf besteht, weswegen dafür Sorge zu tragen ist, dass diese Parkplätze auch nach Errichtung des Neubaus durch Wiener Wohnen (als Tiefgaragenplätze zusätzlich zu den Pflichtstellplätzen des Neubaus) zur Verfügung stehen.

Der derzeitige Parkplatz weist in seiner Mitte einige Linden und an der Nordseite rund 25 Schwarzföhren auf. Dieser Baumbestand spendet Schatten und trägt nicht unwe sentlich zum Mikroklima bei. Es wäre somit zu prüfen, ob durch eine andere Verteilung des Bauvolumens zumindest Teile des Baumbestandes zu erhalten sind. Außerdem besteht die Intention, etwaige Ersatzpflanzungen so zu setzen, dass die Grünraumgestaltung vor Ort keine Einbußen für die derzeitigen Bewohner*innen mit sich bringen. Dies wird in erster Linie dadurch zu gewährleisten sein, dass die Mehrzahl der Ersatzpflanzungen auf Eigengrund des Projektes passieren.



Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 11.09.2024, folgenden

ANTRAG

betreffend Devastierung Waldgarten Anton Schall Gasse

Die MA 22 wird gebeten gemeinsam mit der MA 49 geeignete Maßnahmen zu veranlassen, um die anhaltenden Devastierungen im Waldgarten Anton Schall Gasse Einhalt zu gebieten.

BEGRÜNDUNG

Trotz laufender Beschwerden von Anrainern über die ständigen Devastierungen an den fruchtragenden Obstgehölzen im Waldpark wurden bis dato keine zielführenden Maßnahmen getroffen. Es macht nur wenig Sinn, wenn durch öffentliche Gelder Obstbäume in urbanen Bereichen gepflanzt werden, diese jedoch kaum eine Überlebenschance haben wegen ständiger Devastierungen. Um den Bestand der Obstbäume auch nachhaltig zu sichern, wären dringende Maßnahmen gefordert.

BezR. KO Sabine MAREDA



Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebbracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21.Bezirk, am 11.09.2024, folgenden

ANTRAG

betreffend religiöse Einrichtung im Gewerbegebiet

Die MA 37 möge die Liegenschaft in der Richard Neutra Gasse 8, auf eine mögliche widmungswidrige Verwendung des Bestandsobjekt überprüfen.

BEGRÜNDUNG

Obwohl sich die Liegenschaft in einem Betriebsbaugebiet befindet und eine religiöse Nutzung bereits 2019 behördlich untersagt wurde, pilgern jeden Freitag hunderte Personen auf das Grundstück.

BezR. KO Sabine MAREDA

DIE GRÜNEN

Bezirksorganisation Floridsdorf

Tel: 0664 / 831 74 01

floridsdorf@gruene.at

<http://floridsdorf.gruene.at>



Wartehäuschen Haltestelle „Senderstraße“

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Floridsdorf am 11. September 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

betreffend Wartehäuschen an der Bushaltestelle „Senderstraße“:

Peter Hanke, amtsführender Stadtrat für Wirtschaft und Finanzen, wird ersucht, die zuständigen Stellen zu beauftragen, ein Wartehäuschen mit Sitzmöglichkeit an der Bushaltestelle „Senderstraße“ in Fahrtrichtung Floridsdorf zu errichten.

Begründung

Der Bisamberg ist ein beliebtes Wander- und Heurigengebiet. Um den Fahrgästen die Wartezeit auf den Bus 501 erträglich zu gestalten, ist eine überdachte und schattige Sitzmöglichkeit wünschenswert.

DIE GRÜNEN

Bezirksorganisation Floridsdorf

Tel: 0664 / 831 74 01

floridsdorf@gruene.at

<http://floridsdorf.gruene.at>



Sitzbank Haltestelle „Erbpostgasse“

Die unterzeichnenden Bezirksrättinnen und Bezirksräte der Grünen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Floridsdorf am 11. September 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

betreffend Sitzbank an der Bushaltestelle „Erbpostgasse“:

Peter Hanke, amtsführender Stadtrat für Wirtschaft und Finanzen, wird ersucht, die zuständigen Stellen zu beauftragen, eine Sitzmöglichkeit an der Bushaltestelle „Erbpostgasse“ in Fahrtrichtung Floridsdorf zu errichten.

Begründung

Der Rendezvousberg ist ein beliebtes Ausflugsgebiet. Um den Fahrgästen die Wartezeit auf die Busse 500, 502 und 505 erträglich zu gestalten, ist eine Sitzmöglichkeit – wenn möglich beschattet – wünschenswert.

Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 17.04.2024, folgenden

ANTRAG betreffend Hundezone Töllergasse

Die MA 42 möge die Errichtung einer Hundezone in der Grünanlage neben der Töllergasse/Satzingerweg/B3 überprüfen und gegebenenfalls so umsetzen.

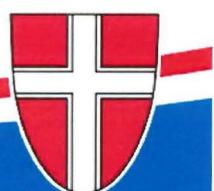
Vorberatungen mögen im Umweltausschuss stattfinden.

BEGRÜNDUNG



Zahlreiche Hundebesitzer in diesem Grätzl wünschen sich seit Jahren eine diesbezügliche kleine Hundezone. Die Fläche neben, bzw. hinter der Lärmschutzwand der B3, wäre hierfür ideal.

BezR KO Sabine MAREDA



Die unterfertigten Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Floridsdorfer Kultur- und Benennungskommission stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 6. November 2024 folgenden

Antrag

auf Benennung einer unbenannten öffentlichen Verkehrsfläche SCD 09389

Frau Amtsführende Stadträtin Mag.a Veronica Kaup-Hasler möge die Benennung der unbenannten öffentlichen Verkehrsfläche SCD 09389 nach

„Margarete Bistro-Lausch“

in die Wege leiten.

Begründung:

Siehe Beilagen

Lebenslauf zur Namensgeberin
Lageplan

Margarete Bistro-Lausch ist am 25.7.1906 in Wien geboren und am 2.8.1995 in Wien (Ober St Veit) gestorben.

Die Österreichische Bildhauerin erhielt ihre künstlerische Ausbildung an der Graphischen Lehr- und Versuchsanstalt in Wien und an der Akademie für angewandte Kunst in Wien, wo sie später auch Lehrbeauftragte war. Ihre Lehrer waren u.a. Prof. Eugen Steinhof und Prof. Michael Powolny.

Margarete Biströn-Lausch war als freischaffende Künstlerin tätig und hat in Fachkreisen und beim Publikum große Anerkennung gefunden.

Die Künstlerin war Mitglied in der Berufsvereinigung der bildenden Künstler Österreich, im Künstlerverband Österreichischer Bildhauer in Wien und in der Gesellschaft bildender Künstler in Wien (Künstlerhaus).

Zum Œuvre von Margarete Biströn-Lausch gehören Wandbilder, Mosaike, Reliefs, Spielplastiken in Parkanlagen, Kunstwerke an Wiener Gemeindebauten und Amtsgebäuden.

Für die Manufaktur Augarten stammen einige wunderbare Modelle aus ihrer Hand. Die Künstlerin war auch als Malerin sehr erfolgreich; u.a. malte Margarete Biströn-Lauch für die Kammer für Arbeiter und Angestellte für einen Speisesaal vier große Bilder.

Zunächst hatte sich die Künstlerin jedoch vor allem mit Tierplastiken einen Namen gemacht. Viele dieser Plastiken können im öffentlichen Raum in Wien heute noch bewundert werden.

Im Zuge der kommunalen Wohnbauoffensiven ab 1945 wurden neue Gemeindebauten mit so genannter Kunst am Bau verschönert. Margarete Biströn-Lausch fertigte einige dieser Kunstwerke an.

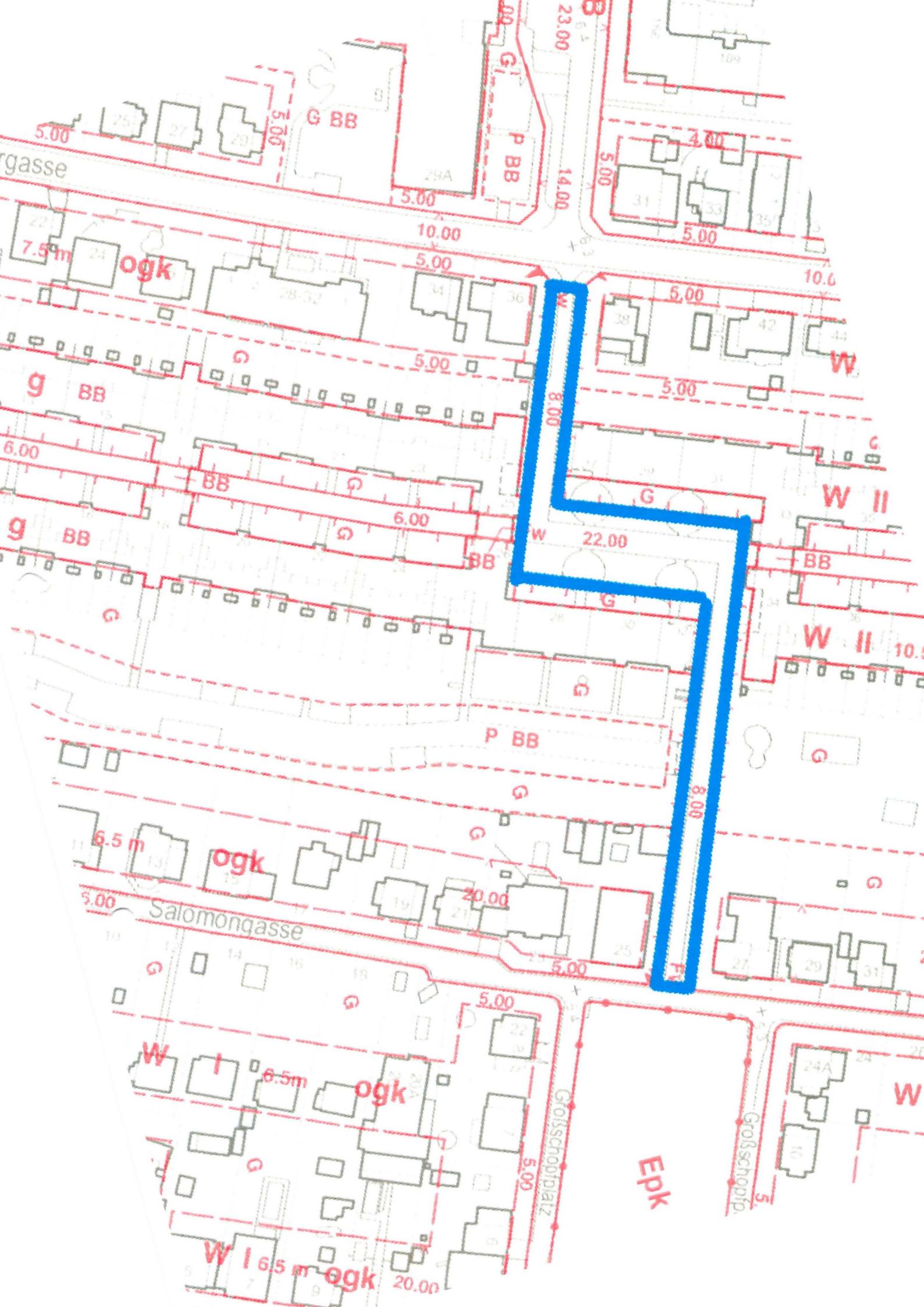
Im 21. Bezirk in Wien befinden sich von Margarete Biströn-Lausch vier Reliefs mit den Tierdarstellungen von Hasen, Fischen, Falken und Füchsen aus dem Jahr 1958 in der Rußbergstraße 24 als Hauszeichen.

In der Wohnanlage „Siedlung Jedlesee“, welche ihren Namen zur Wahrung der früher selbstständigen Ortschaft Jedlesee erhielt, befinden sich in der Jedleseerstraße 79-95 die Keramik-Reliefs „Käuzchen“ und „Fischreiher“.

Eine ganz liebe Tierplastik, „Das hässliche kleine Entlein“, steht im 13. Wiener Gemeindebezirk in der Stoesslgasse 8a, (Hügelpark). Margarete Biströn-Lausch fertigte diese Plastik anlässlich des 150. Geburtstags des dänischen Dichters Hans Christian Andersen im Jahr 1955 für den städtischen Andersen-Kindergarten an.

Ein weiteres Entenmotiv von Biströn-Lausch befindet sich im 16. Bezirk in Wien beim Wohnblock in der Arltgasse 10-14/Herbststraße 87-91/Thalhaimergasse 9-15 bei einem mit Mosaiken bestückten Brunnen als freistehende Entenfiguren aus Kunststein.

In der Kegelgasse 44 im 3. Bezirk in Wien befindet sich oberhalb des Eingangs ein im Jahr 1953 zur Erinnerung an die Erdberger Gänseweide errichtetes Tier-Relief mit dem Titel „Gänseweide“ von ihr. Gänseweide hieß seit dem Ende des 14. Jahrhunderts eine Gegend



Die unterfertigten Bezirksräinnen und Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung Floridsdorf am 6. November 2024 folgenden

Antrag

betreffend Verbesserung bei der Buslinie 29B

Der zuständige Stadtrat Peter Hanke wird ersucht, Gespräche mit den Wiener Linien über eine Verbesserung der Anbindung des Gebiets rund um die Moritz-Dreger-Gasse durch eine alternative Linienführung der Autobuslinie 29B zu führen.



Begründung

Das neue Autobuskonzept mit den Autobuslinien 29A/29B stellt für weite Teile der Großfeldsiedlung eine Verbesserung dar, bindet jedoch einige Wohnbauten im Bereich Moritz-Dreger-Gasse nicht mehr in ausreichendem Ausmaß an. Daher wird eine Abänderung auf die skizzierte alternative Linienführung „Felmayergasse - Egon-Friedell-Gasse - Oswald-Redlich-Straße - Moritz-Dreger-Gasse - Dopschstraße“ gefordert, um das Gebiet rund um die Moritz-Dreger-Gasse besser anzubinden.



Ruhestörungen aus dem Veranstaltungszentrum MOZAIK

Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 06.11.2024, folgenden

Antrag

Die MA 22,36,55,59 als auch andere zuständigen Fachabteilungen, mögen im Einvernehmen mit dem Magistratischen Bezirksamt das Veranstaltungszentrum "MOZAIK", Schererstraße 4 etabliert, auf die Einhaltung der Auflagen zum Schutz vor Lärmbelästigung überprüfen.

Begründung

Öffentliches Interesse.

Sabine MAREDA
Klubobfrau

Die unterfertigten Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Floridsdorfer Kultur- und Benennungskommission stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 11. Dezember 2024 folgenden.

Antrag

auf Benennung einer unbenannten öffentlichen Verkehrsfläche SCD 09003

Frau Amtsführende Stadträtin Mag.a Veronica Kaup-Hasler möge die Benennung der unbenannten öffentlichen Verkehrsfläche SCD 09003 nach

„Maria Stromberger“

in die Wege leiten.

Begründung:

Siehe Beilagen

Lebenslauf zur Namensgeberin

Lageplan

Maria Stromberger (1898-1957)

Die Krankenschwester Maria Stromberger meldete sich freiwillig zum Dienst in Auschwitz, um dort den Häftlingen beistehen zu können. Durch ihren lebensgefährlichen Einsatz gelang es ihr, vielen ein bisschen Menschlichkeit und Hilfe zukommen zu lassen, manchen ermöglichte sie das Überleben.



Maria Stromberger wurde am 16. März 1898 in St. Veit/Kärnten geboren. Gemeinsam mit ihrer Schwester kam sie in den Zwanziger Jahren nach Bregenz, wo sie viele Jahre als Krankenschwester im Sanatorium Mehrerau arbeitete.

Nach Kriegsbeginn wurde sie in ein Kärntner Lazarett dienstverpflichtet, wo ihr Soldaten über unmenschliche Zustände und konkret über Judenverfolgung und Konzentrationslager in Polen berichteten. Freiwillig und trotz Bedenken ihrer Schwester meldete sie sich zur Arbeit nach Polen mit der Begründung: „Ich will sehen, wie es wirklich ist, vielleicht kann ich auch etwas Gutes tun.“

Über ein Infektionsspital in Krotenska Huta (Königshütte) führte sie ihr Weg direkt nach Auschwitz, wo sie am 1.10.1942 ihren Dienst als Oberschwester im SS-Revier antrat. Nach einiger Zeit gelang es Stromberger, das Vertrauen der Häftlinge zu gewinnen. Sie begann für sie zu sorgen, indem sie illegal Nahrungsmittel und lebensrettende Medikamente besorgte. Bald war Maria Stromberger unter den Häftlingen als „Engel von Auschwitz“ bekannt.

Solche fortwährende Hilfeleistungen blieben allerdings auch dem Lagerpersonal nicht verborgen, sodass sie mehrmals in lebensbedrohliche Situationen geriet. Ihr Vorgesetzter, Dr. Eduard Wirths, trat allerdings immer wieder für sie ein und bewahrte sie vor der Entdeckung. Bald kam Stromberger auch mit der lagerinternen Widerstandsbewegung in Kontakt, für die sie wichtige Informationen aus dem Lager schmuggelte. So basierte das erste illegale Flugblatt, das in Wien auf die Zustände in Auschwitz aufmerksam

machte, auf von ihr überbrachtem Beweismaterial. Sie beförderte Post und wichtige Utensilien ins Lager, darunter auch zwei Revolver samt Munition.

Gegen Ende des Krieges wurde die Lage für Maria Stromberger immer gefährlicher, auch gesundheitlich machte ihr die ungeheure psychische Belastung mehr und mehr zu schaffen. Um sie vor dem Zugriff der politischen Abteilung zu bewahren, bewirkte Dr. Wirths mit einer gefälschten Morphiumsucht-Diagnose anfangs Jänner 1945 ihre Einweisung in ein Entziehungsheim in Prag, sodass ihr Überleben gesichert war.

Schließlich kehrte sie nach Bregenz zurück und wurde dort im Frühjahr 1946 von den französischen Besatzungsbehörden wegen ihrer Tätigkeit in Auschwitz verhaftet. Erst die Aussagen ehemaliger Häftlinge belegten die Haltlosigkeit der Vorwürfe, sodass sie schließlich im September aus der Haft entlassen wurde.

In ihrem Beruf wollte oder konnte Maria Stromberger nach den entsetzlichen Erlebnissen nicht mehr arbeiten. Sie begann in einer Bregenzer Textilfirma als Hilfsarbeiterin. 1947 sagte sie in Warschau im Prozess gegen den ehemaligen Lagerkommandanten Rudolf Höss aus, mit Hermann Langbein stand sie im Briefverkehr, vom Bundeskongress des KZ-Verbandes wurde sie 1955 zur Ehrenpräsidentin ernannt. In Vorarlberg hingegen blieb sie lange Zeit über ihren Tod am 18. Mai 1957 hinaus völlig unbekannt.

Über ihr Handeln in Auschwitz urteilte Maria Stromberger selbst so: „Was ich tat, war Menschenpflicht und leider nur ein Tropfen im Meer“. Tatsächlich war ihr Tun angesichts des umfassenden Terrors und der Ungeheuerlichkeit von Auschwitz nur „ein Tropfen im Meer“; ihre Hilfeleistungen, ihre Menschlichkeit und auch ihr aktives Unterstützen des Widerstandes im Lager verhinderten den Massenmord nicht.

Was sie geleistet hat, geht jedoch über bloße Menschenpflicht weit hinaus. Völlig eigenständig, nur ihrem Gewissen verpflichtet, hat Maria Stromberger sich aus freiem Willen in die Hölle von Auschwitz begeben, um unter ungeheuren Strapazen und in höchster Lebensgefahr dort helfen zu können, wo Hilfe am nötigsten war.

